

Wer mischt sich wirklich in die europäische Demokratie ein?

Keine ausländische Macht hat sich so eklatant in die polnischen Präsidentschaftswahlen eingemischt wie Brüssel.



Der polnische Premier Donald Tusk und EU-Chefin Ursula von der Leyen
bei einer Pressekonferenz in Danzig, Polen, am 7. Februar 2025

4. Juni 2025 | Lauren Smith

Die Wahl von [Karol Nawrocki](#) zum neuen polnischen Präsidenten in dieser Woche hat in den Medien und in der politischen Klasse zwangsläufig für Aufregung gesorgt. Vorhersehbar waren die Rufe nach „ausländischer Einmischung“, weil der rechtspopulistische Kandidat gewonnen hatte.

Dem in Brüssel lebenden amerikanischen Journalisten [Dave Keating](#) zufolge war es US-Präsident Donald Trump, der Nawrocki zum Sieg verhalf, und zwar im Rahmen von Amerikas Plan für einen „Regimewechsel in Europa“. Er stützt sich dabei auf die Tatsache, dass Trump Nawrocki offen unterstützt hat.

Letzte Woche unterstützte die US-Heimatschutzministerin [Kristi Noem](#) Nawrockis Kampagne im Namen der Trump-Regierung auf der CPAC in Polen. Keating weist darauf hin, dass es zuvor „unerhört war, dass ein amtierendes Kabinettsmitglied der US-Regierung für einen Oppositionellen in einer angeblich verbündeten Regierung Wahlkampf macht“. Aber auch wenn die Beteiligung Washingtons Aufsehen erregte, so war sie doch nichts im Vergleich zu den wohl noch heimtückischeren Manipulationen, die aus einem viel näheren Umfeld kamen.

Natürlich sind die USA bei weitem nicht die einzige ausländische Macht, die ein Interesse an Polens neuem Präsidenten hat. Im Vorfeld der Wahlen wurde aufgedeckt, dass die Chefin der EU-Kommission, [Ursula von der Leyen](#), sich selbst eingemischt hatte, indem sie versuchte, die Wahlchancen

von Nawrockis pro-Brüssel-Konkurrenten Rafal Trzaskowski zu schützen – der natürlich der Wunschkandidat des polnischen Premierministers Donald Tusk war. Berichten zufolge verzögerte sie die Ankündigung mehrerer wichtiger EU-Entscheidungen – darunter neue Klimaziele, Handelsgespräche mit der Ukraine und das EU-Mercosur-Handelsabkommen –, weil sie wusste, dass diese in Polen besonders heikel sein würden. Sie entschied sich auch dafür, Tusks Widerstand gegen den verbindlichen EU-Migrations- und Asylpakt nicht öffentlich in Frage zu stellen, in der Hoffnung, dass er nach den Wahlen einlenken würde.

Die EU hat sich kaum gescheut, sich in die Wahlen in ihren Mitgliedstaaten einzumischen. Anfang dieses Jahres gab der ehemalige EU-Kommissar [Thierry Breton](#) im französischen Fernsehen offen zu, dass Brüssel weitgehend für die Annullierung der rumänischen Präsidentschaftswahlen im vergangenen Dezember verantwortlich war. Der Oberste Gerichtshof Rumäniens verhinderte den zweiten Wahlgang, angeblich weil er befürchtete, dass der Spitzenkandidat, der rechtsradikale und euroskeptische Călin Georgescu, durch russische Beteiligung kompromittiert worden war. Die Wahl wurde abgebrochen und Georgescu wurde laut Breton auf Anweisung der EU von der Teilnahme ausgeschlossen. Als ob dieses verblüffende Eingeständnis nicht schon schlimm genug wäre, prahlte Breton weiter: „Wir haben es in Rumänien getan und wir werden es natürlich auch in Deutschland tun, wenn es nötig ist.“

Breton bezog sich damit eindeutig auf den kometenhaften Aufstieg der AfD in Deutschland. Zum Zeitpunkt seiner Äußerungen waren die deutschen Bundestagswahlen nur noch einen Monat entfernt - und die rechtspopulistische AfD lag in den Umfragen auf dem zweiten Platz. Nach den Wahlen im Februar blieb die AfD die zweitgrößte Partei und wurde durch eine durch und durch anti-demokratische „Brandmauer“ ohnehin von der Macht ausgeschlossen. Hätte die Partei jedoch vor der Wahl in den Umfragen vorne gelegen, hätten die europäischen Eliten vermutlich nicht gezögert, die Wahlen zu stoppen oder Maßnahmen zu ergreifen, um die Teilnahme der AfD an den Wahlen zu verhindern. So aber scheint der deutsche Staat immer kurz davor zu stehen, die Partei [ganz zu verbieten](#).

In einem ähnlichen Versuch, unbequeme Opposition zu ersticken, verhängte die EU im April gegen die Fraktionsvorsitzende des Rassemblement National (RN), Marine Le Pen, eine satte [Geldstrafe](#) von 3,5 Millionen Euro. Dies geschah im Anschluss an ihren [Prozess](#) vor einem französischen Gericht Anfang des Jahres, das sie des Missbrauchs von Geldern des EU-Parlaments zur Finanzierung der innenpolitischen Arbeit ihrer Partei für schuldig befand. Die Verurteilung selbst war politisch motiviert – diese Praxis ist natürlich illegal, aber für viele andere Parteien in Brüssel gang und gäbe. Das Ziel der Verurteilung bestand vielmehr darin, Le Pen die Teilnahme an den nächsten französischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2027 zu untersagen. Die EU versuchte dann, RN weiter zu lähmen, indem sie verlangte, dass die ohnehin finanziell angeschlagene Partei zusätzlich zu der einen Million Euro, die sie bereits an Anwaltskosten und Entschädigung gezahlt hatte, noch mehr Geld aufbringt.

In Ungarn, einem der größten Stachel im Fleisch der EU, hat Brüssel ebenfalls versucht, den demokratischen Prozess zu beeinflussen. Der deutsche EU-Abgeordnete Manfred Weber, Vorsitzender der Mitte-Rechts-Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, hat sehr deutlich gemacht, dass das Establishment auf die ungarische Opposition setzt, um den derzeitigen Premierminister Viktor Orbán bei den kommenden Wahlen 2026 abzuschaffen. In einer [Plenarrede](#) in Straß-

burg im Oktober 2024 erklärte Weber zuversichtlich, dass, „so wie Tusk es geschafft hat, Kaczyński zu besiegen“ bei den polnischen Parlamentswahlen 2023, „so wird Péter Magyar Viktor Orbán besiegen; Péter Magyar ist die Zukunft“.

Und wenn Magyar es nicht schafft, Orbán im Jahr 2026 zu besiegen, könnte Brüssel noch einen draufsetzen. Während der ungarischen Wahlen im Jahr 2022 wurde der EU vorgeworfen, sie habe versucht, den Wahlausgang auf indirektem Wege zu beeinflussen – insbesondere durch die großzügige Finanzierung von NGOs, Medienplattformen und Aktivistennetzwerken, die der Fidesz-Regierung feindlich gegenüberstehen. Der [*Hungarian Conservative*](#) berichtete damals, dass Gruppen wie „Action for Democracy“ in einem gescheiterten Versuch, einen Regimewechsel herbeizuführen, Ressourcen nach Ungarn verschoben. Trotz alledem hat Orbán letztendlich gewonnen.

Diese Art von Strategie wurde durch Mechanismen wie den Digital Services Act (DSA) und den so genannten „Europäischen Schutzschild für die Demokratie“ institutionalisiert – beide werden als Instrumente zur Verteidigung der Demokratie dargestellt, ermöglichen es Brüssel aber in der Praxis, die Meinungsäußerung zu überwachen, abweichende Medien an den Rand zu drängen und selektiven Druck auf Regierungen zu rechtfertigen, die sich seiner Agenda widersetzen. Das Ziel besteht nicht mehr nur darin, Oppositionsparteien zu unterstützen, sondern das gesamte politische Spielfeld so umzugestalten, dass sie gewinnen.

Diese Art der Einmischung findet überall auf dem Kontinent statt. Ein Bericht des MCC Brüssel von Anfang des Jahres mit dem Titel [The EU's Propaganda Machine: How the EU funds NGOs to promote itself](#) (Wie die EU Nichtregierungsorganisationen finanziert, um für sich selbst zu werben) zeigte auf, wie schädlich die Versuche der EU sind, das politische Geschehen zu kontrollieren. Die EU-Kommission hat im Stillen ein ganzes Ökosystem von NGOs und Denkfabriken in der gesamten Union finanziert, um ihre eigene ideologische Agenda zu fördern – oft mit Steuergeldern. Diese Organisationen propagieren aggressiv Brüssel-freundliche Narrative und unterminieren gleichzeitig konservative, populistische und euroskeptische Parteien in den Mitgliedstaaten. Initiativen wie das RevivEU-Projekt, das darauf abzielt, das von autokratischen Eliten geförderte „euroskeptische Narrativ“ in ganz Europa zu bekämpfen, und direkte Subventionen für föderalistische Jugendbewegungen wie die Jungen Europäischen Föderalisten sind nur eine Handvoll Beispiele, die in dem erschreckenden Bericht genannt werden.

All dies folgt einem bekannten Muster: Wenn man die Populisten nicht besiegen kann, sollte man sie verbieten. Oder mache es ihnen zumindest fast unmöglich, weiter zu existieren. Ob Breton darüber nachdenkt, welche Europawahlen er als Nächstes sabotieren will, oder ob Brüssel Geld in propagandistische NGOs pumpt – die Botschaft der herrschenden Klasse Europas ist eindeutig: Einige politische Überzeugungen sind akzeptabler als andere. Und wo immer der „falsche“ Kandidat auch nur in die Nähe eines Wahlsiegs kommt, hat die EU keine Skrupel, die Demokratie außer Kraft zu setzen, um ihre ideologische Hegemonie zu stärken.

Gerade deshalb ist es so absurd, sich über die US-Beteiligung an den polnischen Wahlen zu empören. Natürlich sollte es allein dem polnischen Volk überlassen bleiben, zu entscheiden, wer es regieren soll. Aber die EU hat jahrelang versucht, die politische Zukunft des gesamten Kontinents nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Wenn es um ausländische Einmischung geht, ist Brüssel bei weitem der schlimmste Übeltäter.